



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Ehrenamt,
Bürgerbeteiligung und Sport -

Bereich Ehrenamt und Bürgerbeteiligung: Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 20. März 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-22-0026

Demokratietage in Wiesbaden fortsetzen - Konzept für ein regelmäßiges Demokratie-Projekt in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 12.03.2025 -

Die Erfahrungen aus der Demokratiewoche haben gezeigt, dass es großes Interesse an Formaten gibt, die politische Prozesse verständlich machen und Bürgerinnen und Bürger aktiv einbinden.

Mehrere hundert Menschen in Wiesbaden konnten mit der Demokratiewoche erreicht werden.

Hervorzuheben ist hierbei, dass der Austausch mitten in der Stadt stattfand, somit vielen Menschen den Zugang zu diesem Format erleichtert hat.

Der direkte Austausch mit Personen aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, das Einbringen eigener Ideen und das Erleben demokratischer Entscheidungswege stärken das politische Bewusstsein und fördern die Teilhabe.

Ein regelmäßiges Demokratie-Projekt kann diesen Ansatz verstetigen und einen niedrighschwelligen Zugang zu politischer Bildung und Mitgestaltung ermöglichen - unabhängig von Alter, Herkunft oder Vorwissen. Eine zentrale Lage stellt sicher, dass das Angebot möglichst viele Menschen erreicht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

- a) zu prüfen, inwiefern ein regelmäßiges Demokratieprojekt in Wiesbaden (zentral in der Stadt) umgesetzt werden kann. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, Demokratie hautnah zu erleben, sich aktiv einzubringen und insbesondere die Abläufe der Kommunalpolitik besser zu verstehen.
- b) hierfür ein Konzept zu entwickeln, das verschiedene Formate der politischen Bildung und Bürgerbeteiligung umfasst. Dabei sind die Akteurinnen und Akteure der diesjährigen Demokratiewoche (wif e.V., Büro F, Amt für Zuwanderung und Integration, kommunale Frauenbeauftragte und WIR Vielfaltszentrum) in den Prozess einzubeziehen, um auf deren Erfahrungen aufzubauen und bestehende Strukturen sinnvoll zu nutzen.

Beschluss Nr. 0022

Der Magistrat wird gebeten,

a) über die bereits bestehenden Formate der politischen Bildung und Bürgerbeteiligung zu berichten, insbesondere über die Akteurinnen und Akteure der diesjährigen Demokratiewoche (wif e.V., Büro F, Amt für Zuwanderung und Integration, kommunale Frauenbeauftragte und WIR Vielfaltszentrum);

b) zu prüfen, inwiefern auf der Grundlage dieses Berichts ein regelmäßiges Demokratieprojekt in Wiesbaden (zentral in der Stadt) umgesetzt werden kann, dessen Ziel es ist, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, Demokratie hautnah zu erleben, sich aktiv einzubringen und insbesondere die Abläufe der Kommunalpolitik besser zu verstehen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2025

Michael David
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2025

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister